

---

# BERICHT

---

## **Kuba und Frankreich in den 1960er Jahren: Kooperationen und Konflikte**

**Thomas Neuner**

### **ABSTRACT**

The triangle between Cuba, the French government and the intellectual left in France went far beyond the usual transcultural relationships between Latin America and Europe in the twentieth century. Both cooperations as well as tensions and contradictions were characteristic for this relationship. Following new research approaches of global history this article analyzes the relative importance of France for the social emancipatorical project in Cuba and vice versa the relative importance of the Cuban Revolution for the French government and the political programmatic of the left in France in the 1960s. The article figures out why the French-Cuban cooperation had to fail in the end. Moreover this study can make a better understanding for relations of other transformation societies in the so-called Third World striving for "autocentred" development and an end of asymmetric power relations with political movements in Europe in the 20<sup>th</sup> century.

Das Dreiecksverhältnis zwischen Kuba, der französischen Regierung und der dieser antagonistisch gegenüberstehenden intellektuellen Linken Frankreichs ging weit über die üblichen transkulturellen Beziehungen zwischen Lateinamerika und Europa im 20. Jahrhundert hinaus und war von Kooperationen aber auch von Spannungen und Widersprüchen geprägt. Gegenstand dieses Aufsatzes sind daher die Fragen, welche Bedeutung Frankreich für das sozial-emanzipatorische Projekt in Kuba sowie umgekehrt die kubanische Revolution für die Regierung und die politische Programmatik der Linken in Frankreich hatten und warum die kubanisch-französische Zusammenarbeit letztlich

scheitern musste.<sup>1</sup> Obgleich Kuba und Frankreich jeweils eine Sonderstellung in Lateinamerika beziehungsweise Europa innehatten, kann die vorliegende Untersuchung aufgrund anderer Transformationsgesellschaften, die in kleinerem Maßstab gleichfalls in Verbindung mit Unterstützern in Europa nach „autozentrierter“ Entwicklung und einer Überwindung der asymmetrischen globalen Machtverhältnisse strebten, als ein Musterbeispiel betrachtet werden.

Der theoretische Ansatz dieser Studie basiert auf der neueren Globalgeschichtsforschung, die die Bedeutung transkultureller Interaktionen für die Konstitution und Fortentwicklung der modernen Welt betont und stärker als bislang Zusammenhänge jenseits des nationalen Handlungsrahmens fokussiert. Ohne historische Verflechtungen zu essentialisieren und den Nationalstaat als eine Orientierungseinheit von Politik und Gesellschaft aufzugeben, gilt es, ein Bewusstsein für die globalen Horizonte disparat erscheinender Geschichten zu schaffen und die Erfahrungen verschiedener Kulturräume, etwa Europas und Lateinamerikas, zusammenzuführen. Gerade ein Forschungsansatz, der transkulturelle Interaktionen vor dem Hintergrund von Makrokontexten analysiert, ist geeignet, die Transferprozesse und Wechselwirkungen sowie die verschiedenen Etappen jenes Dreiecksverhältnisses zwischen antikolonialen Bewegungen in Außereuropa, ihren zivilgesellschaftlichen Unterstützern in den Industriestaaten sowie deren Regierungen herauszuarbeiten. Im Fall der vorliegenden Fragestellung gab es mehrere makrostrukturelle Grundtendenzen, die die wachsenden Verflechtungen sowie die Brüche mitbestimmt haben: zum einen die antikoloniale Emanzipationswelle und daraus folgend die Debatte um Überwindung der ökonomischen und sozialen Ungleichheiten in der Welt durch entwicklungspolitische Strategien; zum anderen die Krise der kommunistischen Bewegung und der damit verbundene gesellschaftliche Bedeutungszuwachs für die intellektuelle Linke sowie schließlich die Protestbewegung von 1968. Durch eine solche Kontextualisierung der Beziehungen zwischen Westeuropa und Kuba in den 1960er Jahren soll die Historisierung dieser Interaktionen vorangetrieben werden. Quellengrundlage sind unausgewertete Bestände insbesondere französischer Archive (u.a. Archiv des Außenministeriums, Archiv der französischen KP, Nationalarchiv sowie diverse Nachlässe bzw. Privatarchive) und kubanischer Bibliotheken. Zunächst werde ich in wenigen Zügen die Kriterien skizzieren, die in den 1960er Jahren zu einer Annäherung Kubas und Frankreichs führten. Im Anschluss werden die Bedeutung Frankreichs für das sozial-emanzipatorische Projekt in Kuba beziehungsweise die Bedeutung Kubas für Regierung und Gesellschaft in Frankreich erläutert. Abschließend werde ich auf die unterschiedlichen Interessen und Konflikte, die die kubanisch-französischen Beziehungen zu einem Spannungsverhältnis machten, eingehen.

Der weltweite Dekolonisierungsprozess, der seinen Höhepunkt um 1960 erreichte, forcierte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts das politische Interesse breiter zivilgesellschaftlicher Kräfte in den Industriestaaten an sozial-emanzipatorischen Projekten

1 Der vorliegende Aufsatz basiert auf der Dissertation des Autors unter dem Titel „Paris, Havanna und die intellektuelle Linke: Kooperationen und Konflikte in den 1960er Jahren“ (2011, im Erscheinen).

in den postkolonialen Transformationsgesellschaften: Algerien, Kuba, Vietnam, Chile, Nicaragua sollten bis 1980 die wichtigsten Stationen dieser Debatte bilden. Stärker als jede andere antikoloniale Bewegung verlieh zu Beginn der 1960er Jahre die Revolution in Kuba der Auffassung Ausdruck, dass die Herausforderung der Dekolonisierung mit der Unabhängigkeitserklärung und der Annahme einer Verfassung nicht bewältigt sei: Trotz staatlicher Autonomie würden die asymmetrischen Beziehungsmuster und alten wirtschaftlichen Abhängigkeiten in Form informeller imperialer Einflussnahme und Kontrolle fortbestehen. Die neue Regierung in Havanna bemühte sich Mitte der 1960er Jahre nachdrücklich um einen Ausbau ihrer kulturellen, diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den nichtsozialistischen europäischen Staaten. Am stärksten entwickelten sich die Verbindungen mit Frankreich: Das Land war mit der bipolaren Ordnung nach dem Zweiten Weltkrieg unzufrieden und verteidigte seinen Großmachtanspruch, indem es eine eigene Nuklearstreitmacht aufbaute, aus den Militärstrukturen der NATO austrat und auf der internationalen Bühne die Unterordnung unter die USA verweigerte. Zudem verkörperte die französische Gesellschaft wie kaum eine andere eine revolutionäre Freiheitstradition, die nicht zuletzt über die Figur des Intellektuellen international ausstrahlte. Viele sowjetkritische Linke hatten aus dem Kolonialkrieg in Algerien und der großen nationalen Krise, die die algerische Unabhängigkeitsbewegung im Mutterland auszulösen vermochte, die Schlussfolgerung gezogen, dass sich der Ausgangspunkt und das Subjekt revolutionärer Prozesse in die kolonial beherrschten oder lediglich nominell souveränen Gesellschaften verlagert habe.<sup>2</sup> Sie betrachteten moderne Industriestaaten und die Länder des Südens nicht länger als voneinander getrennt funktionierende Welten, sondern begriffen die strukturelle Abhängigkeit der Länder Lateinamerikas, Afrikas und Asiens gegenüber den westlichen Staaten als interagierendes System. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Infragestellung der Marx'schen Pauperisierungstheorie durch die Steigerung des allgemeinen Wohlstandsniveaus in den Industrieländern interessierten sich viele Intellektuelle zu Beginn der 1960er Jahre weniger für das traditionelle revolutionäre Subjekt im eigenen Land, die französische Arbeiterschicht, als für die im Umbruch befindliche Welt außerhalb Europas; sie richteten ihre Aufmerksamkeit insbesondere auf die langen antikolonialen Kriege in Algerien und Vietnam sowie auf den antikolonialen Widerstand Kubas und dessen neuen Ansatz zur Überwindung der Unterentwicklung. Neben der sowjetkritischen Haltung avancierte die Überzeugung, dass die großen „revolutionären“ Veränderungen der Gegenwart ihren Ausgang von den Ländern der „Dritten Welt“ (Tiers Monde) nehmen würden, zur Grundlage des später als „Tiersmondisme“ bezeichneten politischen Denkens der intellektuellen Linken.

## I. Die Bedeutung Frankreichs für das soziale Projekt in Kuba

Die Bedeutung Frankreichs für Kuba in den 1960er Jahren lässt sich an drei Spezifika nachweisen. Als erstes ist Frankreichs Stellenwert für Kubas Bild in der Weltöffentlichkeit und für eine europäische Solidaritätsbewegung zu nennen. Die neue Staatsführung in Havanna erkannte von Beginn an sowohl die Notwendigkeit einer positiven Außenwirkung und einer internationalen Unterstützerbewegung als auch die Bedeutung Frankreichs als medialer Resonanzkörper Westeuropas. Ihre wichtigsten Instrumente im Rahmen der auswärtigen Kulturpolitik waren die Förderung französischer Solidaritätsorganisationen als zivilgesellschaftliche Mittlerorganisationen, die Förderung kubaspezifischer Kulturveranstaltungen, die Herausgabe beziehungsweise Förderung französischsprachiger Publikationen über Kuba in Frankreich sowie nicht zuletzt eine systematische Einladungspolitik, die zahlreiche französische Intellektuelle nach Kuba führte. Viele berichteten nach ihrer Rückkehr in den Medien oder in Vorträgen über positive Veränderungen für die Bevölkerungsmehrheit gegenüber der Zeit vor 1959. Zielgruppe der kulturpolitischen Strategie Havannas war zunächst nicht nur die sowjetkritische intellektuelle Linke, sondern – entsprechend der heterogenen Zusammensetzung der kubanischen Führung – auch die Kommunistische Partei Frankreichs (PCF). Die Schlüsselrolle kam jedoch der intellektuellen Linken zu, die grundsätzlich mit der Position der sowjetkritischen Hauptströmung in Havanna übereinstimmte: Sie übte innerhalb der französischen Öffentlichkeit großen Einfluss aus und verschaffte der Revolution die mehrheitliche Sympathie der französischen Zivilgesellschaft. Beste Beispiele sind der *Le Monde*-Redakteur Claude Julien, der ab 1958 über Kuba berichtete, sowie der Philosoph Jean-Paul Sartre, der 1960 seine 16-teilige Reportage in der zu jenem Zeitpunkt auflagenstärksten Tageszeitung *France Soir* publizierte.<sup>3</sup> Beide betonten sowohl die Unabhängigkeit des kubanischen Projektes vom sowjetischen Marxismus als auch – angesichts der Konfrontation mit den USA – seinen antikolonialen Grundzug, der dem Prozess in Kuba einen möglichen Modellcharakter für die anderen, in einer vergleichbaren Situation befindlichen Länder Lateinamerikas verlieh. Beistand für die eigenen politischen Positionen konnte Havanna in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre in Frankreich insbesondere durch die Einladung gesellschaftlicher Multiplikatoren zu der Trikontinentalkonferenz, der OLAS-Konferenz und dem Kulturkongress gewinnen. Auf den erstgenannten Veranstaltungen stand die Propagierung einer globalen Strategie gegen den U.S. Imperialismus beziehungsweise des Modells des Guerillakampfes für Lateinamerika im Vordergrund. Mit dem Kulturkongress zielte die kubanische Seite überdies auf die moralische Verpfichtung der Wissenschaftler der industrialisierten Welt, den

3 J.-P. Sartre, „Ouragan sur le sucre“ (Teile 1-16), in: *France Soir*, 28./29./30. Juni, 1./2./3.-4./5./6./7./8./9./10.-11./12./13./14./15. Juli 1960. Zu C. Julien vgl. u.a. „Cuba entre la colère et la peur“ (Teile 1-6), in: *Le Monde*, 13./14./15./16./17./18.-19. Mai 1958; „Cuba ou la ferveur contagieuse“ (Teile 1-6), in: *Le Monde*, 17./18./19./20.-21./22./23. März 1960; „Le communisme de M. Fidel Castro“, in: *Le Monde*, 3. Januar 1962; „Sept heures avec M. Fidel Castro“ (Teile 1-2), in: *Le Monde*, 22./23. März 1963; „M. Fidel Castro et le socialisme“ (Teile 1-5), in: *Le Monde*, 3./4./5./6./7.-8. März 1965; sowie Juliens Monographie *La Révolution Cubaine* (1961).

Aufbau der Wissenschafts- und Technologiesektoren in Lateinamerika, Afrika und Asien zu unterstützen.

Um die Präsenz Kubas in Frankreich sowie die Bindungen zwischen den beiden Ländern zu fördern, griffen kubanische Entscheidungsträger zudem auf das Instrument zivilgesellschaftlicher Mittlerorganisation zurück. Marinello, der Vorsitzende der Kommunistischen Partei in Kuba (PSP), stieß Mitte 1960 die Gründung der Solidaritätsorganisation *Association France-Cuba* an, indem er in Paris gegenüber der französischen Bruderpartei den zunehmend sozialistischen Charakter des kubanischen Transformationsprozesses erläuterte und politische Unterstützung der französischen Zivilgesellschaft einforderte.<sup>4</sup> Die daraufhin in enger Kooperation mit der kubanischen Botschaft gebildete Organisation trug dazu bei, die Veränderungen auf Kuba sowie die Geschichte und Kultur des Landes einem gesellschaftlich breiten Publikum bekanntzumachen.<sup>5</sup> Ihre Strategie, sowohl die innerkubanischen sowjetkritischen Debatten als auch die Zurückdrängung der proso-wjetischen Kräfte auszublenden, zeitigte insofern Erfolg, als die Vereinigung bis Mitte der 1960er Jahre zu einem anerkannten Forum avancierte, dessen Präsidium neben Mitgliedern des PCF auch Vertreter des Gaullismus und einzelne Unternehmer angehörten. In der zweiten Hälfte der Dekade jedoch, als die kubanische Regierung ihr politisches Profil schärfte, stieß die systematische Ausblendung der sowjetkritischen Dimension auf zunehmende Ablehnung in Havanna.<sup>6</sup> Die kubanische Seite stellte die Zusammenarbeit mit *France-Cuba* weitgehend ein und regte Anfang 1968 mit der Gründung der *Association Internationale des Amis de la Révolution Cubaine* eine neue Organisation an, die eine Repräsentation und politische Unterstützung des spezifischen revolutionären Anspruchs im Sinne der kubanischen Staatsführung leisten sollte.<sup>7</sup>

Das zweite Spezifikum, das in dem Untersuchungszeitraum die Bedeutung Frankreichs für Kuba ausmachte, war die wirtschaftliche und wissenschaftliche Kooperation auf nichtstaatlicher und staatlicher Ebene. Die kubanische Regierung betrachtete die Durchbrechung der von den Vereinigten Staaten forcierten internationalen Blockadepolitik und die Aufrechterhaltung von Handelsverbindungen jenseits der sozialistischen Staatenwelt als Voraussetzung für die Wahrung der Autonomie des Landes und die Modernisierung der Volkswirtschaft. Ein zentrales Handlungsfeld sah die kubanische Staatsführung in dem Wissenschafts- und Technologiesektor und trieb in den 1960er Jahren

4 J. Marinello, „Signification et portée de la révolution cubaine“, in: *Démocratie Nouvelle*, Juni 1960, S. 63-69.

5 Auch wenn die *Association France-Cuba* nach außen hin nicht als Unterorganisation der Partei in Erscheinung trat, fand die Gründung nicht ohne vorhergehende Beratung des Sekretariats des PCF statt. Vgl. das Beschlusprotokoll der Sekretariatssitzung vom 3. Januar 1961, Tagesordnungspunkt 5, in: ASSD, Archives du Parti Communiste Français (2 NUM 4/12).

6 Aufgrund der politischen Diskrepanzen verzichtete Havanna in den Jahren 1966 bis 1971 auf den Austausch von Delegationen mit dem PCF und der *Association France-Cuba*. Zu der Ausblendung der sowjetkritischen Dimension der kubanischen Politik vgl. die Beiträge in *Cuba Sí*, dem Organ der Vereinigung, in: Privatarchiv Paul Estrade, Paris (Dossier Association France-Cuba).

7 Vgl. das Gründungsdokument unter dem Titel „Crean comité permanente franco-cubano intelectuales de Cuba y Francia“, in: Granma, 11. Januar 1968; sowie die Einladung zu der Gründungsversammlung vom 29. März 1968 mit dem Titel „Association Internationale des Amis de la Révolution Cubaine“, in: Bibliothèque de Documentation Internationale Contemporaine (BDIC), Nachlass Daniel Guérin (Fol Δ 721/101/2).

wie keine andere Regierung Lateinamerikas dessen Aufbau voran.<sup>8</sup> Um Unterstützung von Seiten der französischen Regierung und eine Verbesserung der zwischenstaatlichen Beziehungen bemühte sie sich erst ab 1963: Ausschlaggebend waren für Havanna die allein zwischen Washington und Moskau ausgehandelte Lösung der Raketenkrise vom Herbst 1962 sowie eine Veränderung der französischen Außenpolitik. Die Raketenkrise hatte falsche Vorstellungen von einer uneigennütigen Schutzmacht, welche die nationalen Interessen kleinerer Länder respektieren würde, zerstört und einen tiefgreifenden Vertrauensbruch in dem kubanischen Verhältnis zu Moskau zur Folge. Die Unzufriedenheit mit den technisch veralteten Industrieanlagen jenseits des gewohnten U.S. Qualitätsstandards, die die kubanische Regierung in der ersten Hälfte der 1960er Jahre in der Sowjetunion und anderen osteuropäischen Ländern einkaufte, förderte das Interesse an Technik und Industrie aus Westeuropa.<sup>9</sup> Ebenso entscheidend für die Neubewertung und das wachsende Ansehen der französischen Staatsführung in Kuba waren die Beendigung des französischen Kolonialkrieges in Algerien und der neue außenpolitische Kurs de Gaulles. Die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Havanna und Paris wurden nicht länger von jenen Spannungen belastet, die im Zusammenhang mit der proalgerischen Position der kubanischen Regierung entstanden waren.<sup>10</sup> Der Handel erlebte nicht zuletzt dank der ab 1964 gewährten Exportkreditgarantien der französischen Regierung einen solchen Aufschwung, dass Kuba in der zweiten Hälfte der Dekade zum wichtigsten Abnehmer französischer Maschinenbauerzeugnisse in Lateinamerika und Frankreich vorübergehend zu Kubas wichtigstem Nickelabsatzmarkt nach der Sowjetunion avancierte.<sup>11</sup> Die Bedeutung dieser wirtschaftlichen Verbindungen lag weniger in ihrem prozentualen Anteil an dem in den 1960er Jahren stets von der Sowjet-

8 Zu dem Aufbau eines modernen Wissenschafts- und Forschungssektors in Kuba, für den in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre der Grundstein gelegt wurde, vgl. M. Roche, „Notes on Science in Cuba“, in: *Science* 3943 (24. Juli 1970), S. 344-349.

9 Das Interesse erwuchs zudem aus der Tatsache, dass Frankreich aufgrund seiner Übersee-territorien im Gegensatz zu den Ländern Osteuropas über Kompetenzen auf dem Gebiet der tropischen Agronomie verfügte. Vgl. das Schreiben des kubanischen Botschafters in Paris an den Leiter der Direction de la Coopération technique im französischen Außenministerium vom 5. Mai 1970, in: Archives du Ministère des Affaires étrangères (MAE), Bestand Kuba, Art. 80.

10 Gegenüber dem französischen Botschafter in Havanna würdigte 1964 Kubas Außenminister Raúl Roa die Außenpolitik de Gaulles als „Wunder der französisch-algerischen Aussöhnung“. Zu dem Gespräch vgl. den Bericht von Botschafter Pierre Négrier vom 20. August 1964, in: MAE, Bestand Kuba, Art. 54. In einem Anfang 1964 erschienenen Artikel über das Ansehen de Gaulles in der dekolonisierten Welt verwies der Publizist Jean Daniel auf sein Gespräch vom November 1963 mit dem kubanischen Premierminister Fidel Castro, der Frankreichs neue Algerienpolitik als positive Alternative zu Washingtons Lateinamerikapolitik hervorgehoben habe. Vgl. J. Daniel, „Le mythe gaulliste dans le tiers monde“, in: *Le Monde*, 5. Februar 1964, S. 1-2. Zu Castros Bewunderung für Frankreichs Staatspräsidenten de Gaulle und dessen Algerienpolitik vgl. auch das Telegramm des französischen Botschafters an das Außenministerium vom 22. November 1963, in: MAE, Bestand Kuba, Art. 22.

11 Die ersten Kreditbürgschaften wurden für den Verkauf französischer Lastkraftwagen, Traktoren, Raupenfahrzeuge und Lokomotiven gewährt. Vgl. den Länderbericht des französischen Außenministeriums unter dem Titel „Note sur Cuba et les relations franco-cubaines“ vom 2. November 1966, in: MAE, Bestand Kuba, Art. 54. Zu den kubanischen Nickelexporten nach Frankreich vgl. *Statistiques du commerce extérieur de la France: importations-exportations* en NDB, Bd. 1967, S. 915, Bd. 1968, S. 956, Bd. 1970, S. 1009; sowie die Übersicht des französischen Handelsattachés in Havanna François Mouton, „Analyse sommaire des échanges commerciaux franco-cubaines en 1969“ (5. Mai 1970), in: MAE, Bestand Kuba, Art. 71.

union dominierten Außenhandelsumsatz Kubas, sondern vielmehr in der Tatsache, dass Havanna die Importe aus Frankreich gerade in den Jahren 1967/1968 steigern konnte, als Moskau die kubanische Regierung durch wirtschaftlichen Druck zum Einschwenken auf den sowjetischen Kurs zu zwingen versuchte. Erfolg zeitigten auch die kubanischen Bemühungen um einen Ausbau der Wissenschaftskooperation mit Frankreich und das zweigleisige Vorgehen: Da die Zusammenarbeit auf gouvernementaler Ebene ebenso wie der Abschluss von Kooperationsabkommen nur langsam vorangingen, setzte die Regierung in Havanna zugleich auf die direkte Kontaktaufnahme zu Experten und versuchte 1968 mit dem Kulturkongress, Wissenschaftler der industrialisierten Welt zur praktischen Unterstützung ihrer wissenschaftspolitischen Ziele zu verpflichten. Der als Ergebnis dieses Kongresses in Paris gegründete *Comité de liaison scientifique et universitaire franco-cubain* zielte mittels der Organisation von Sommeruniversitäten in Zusammenarbeit mit der Universität Havanna sowie der Vermittlung französischer Experten nach Kuba beziehungsweise kubanischer Nachwuchswissenschaftler an Einrichtungen in Frankreich auf die Hebung des Ausbildungsniveaus in Kuba.<sup>12</sup> Zudem engagierte sich der *Comité de liaison* erfolgreich für den Abschluss dreier Abkommen zwischen den Wissenschaftsinstitutionen der beiden Länder, die ab Herbst 1969 beziehungsweise 1971 den institutionellen und finanziellen Rahmen der Zusammenarbeit bildeten.<sup>13</sup> Von der Kooperation, zu deren Ergebnissen auch Forschungserfolge im Bereich der Labherstellung und der induzierten Zwillingsgeburt von Rindern gehörten, profitierten neben den Agrarwissenschaften insbesondere die Bereiche Mathematik, Informatik, Molekularbiologie und Medizin. Havanna war es somit jenseits der Hilfe der delegierten Experten aus Osteuropa gelungen, mit Unterstützung französischer Experten und deren Regierung sowie einzelner Wissenschaftler aus anderen westeuropäischen Ländern den Grundstein für den Aufbau eines modernen Wissenschafts- und Forschungssektors zu legen. Das dritte Spezifikum hängt eng mit den beiden erstgenannten Punkten zusammen. So bestand die Bedeutung Frankreichs für Kuba beziehungsweise der kubanischen Zusammenarbeit mit der intellektuellen Linken und der Regierung in Frankreich letztlich in der Stärkung des politisch-ideologischen Autonomieanspruchs Havannas sowie in dem

12 Zur Arbeit des Comité de liaison und zu dem Programm der Sommeruniversitäten vgl. dessen Organ Bulletin du Comité de liaison scientifique franco-cubain 1 (1968), Bulletin du Comité de liaison scientifique et universitaire franco-cubain 3 (Februar 1970)-10 (Oktober 1972), sowie das Programm der Universität Havanna mit dem Titel Universidad de la Habana. Cursos de superación post-graduada: Escuela de verano 1969; in: Privatarchiv Didier Dacunha-Castelle, Palaiseau; sowie D. Dacunha-Castelle, „L'enseignement universitaire veut lier la production et la formation“, in: Le Monde, 29.-30. März 1970, S. 4.

13 Vgl. das Abkommen zwischen der Academia de Ciencias de Cuba und dem CNRS vom 17. November 1969 einschließlich der Arbeitsprogramme für die Jahre 1970 und 1971; sowie das Abkommen zwischen dem Instituto Nacional de la Reforma Agraria und dem Institut National de la Recherche Agronomique vom 25. Oktober 1971, in: MAE, Bestand Kuba, Art. 80; sowie ANF (CAC), Bestand „Centre National de la Recherche Scientifique“ (19860367/Art. 2 und 8). Zu dem gemeinsamen Forschungsprojekt des CENIC und des Institut National de la Recherche Agronomique vgl. „Note pour la Direction des Affaires politiques—Amérique“ vom 14. Oktober 1969, in: MAE, Bestand Kuba, Art. 80; sowie C. L., „Les échanges culturels et techniques franco-cubains se développent rapidement“, in: Le Monde, 29.-30. März 1970, S. 4; sowie F. Cisneros/E. Vallès/G. Mocquot/R. Tomassone, „Obtention de la présure à partir de veaux fistulés“, in: Le Lait 517 (1972), S. 395-406.

Einflussgewinn westeuropäischer Intellektueller innerhalb Kubas. Grundlegend war der Stellenwert Frankreichs als kultureller Bezugspunkt sowie das Prestige der Französischen Revolution. Chruschtschows Position zur Moderne in Kunst und Kultur stieß in Kuba nur bei der kleinen prosovjetschen Fraktion, die sich erst in den 1970er Jahren durchsetzen konnte, auf Unterstützung. Umso größer war das Interesse kubanischer Kulturschaffender an jenen Ländern, wo die Moderne in Literatur, Film, Musik und Malerei eine zentrale Rolle spielte. Kubanische Verlage und Zeitschriften publizierten Schriften so unterschiedlicher Denker wie Sartre, de Gaulles Kulturminister André Malraux, des Marxspezialisten Louis Althusser, des Literaturwissenschaftlers Roland Barthes, des Philosophen Paul Ricœur und vieler anderer. Auch Französisch als Fremdsprache erlebte an kubanischen Sekundarschulen und dem französischen Kulturinstitut *Alliance Française* einen Aufschwung.<sup>14</sup> Für Kubas Regierung und Kulturschaffende stellte Frankreich Mitte der 1960er Jahre ein wichtiges Tor zu Westeuropa dar.

Die kulturellen, wirtschaftlichen und zwischenstaatlichen Verbindungen zu einem Land des nordatlantischen Bündnisses begünstigten in Kuba einen Kurs, der verstärkt auf sowjetunabhängige Ideen setzte. Nicht zufällig ging die Hinwendung zu Frankreichs Zivilgesellschaft und dem französischen Staat mit der 1962 einsetzenden Zurückdrängung der prosovjetschen Kräfte innerhalb der Revolution und einer bis 1968 zunehmenden Abgrenzung gegenüber der sowjetischen Politik einher: Erwähnt seien die Gewährung größerer künstlerischer Freiheit und der Aufbau eines sozialistischen Wirtschaftsmodells, das einen stärkeren Akzent auf Demonetarisierung und moralische Anreize setzte, sowie die Strategie des bewaffneten Kampfes und die Solidarisierung mit Befreiungsbewegungen in Lateinamerika. Im Gegensatz zur Imperialismustheorie Moskaus, wonach die Systemkonkurrenz zwischen Kapitalismus und Sozialismus den Hauptwiderspruch der Epoche darstellte, bildete die These von der Ausbeutung der Nichtindustrieländer durch die Vereinigten Staaten als dem gewichtigsten Antagonismus den Kern der kubanischen U.S. Superimperialismustheorie. Je deutlicher 1967/1968 die kubanische Staatsführung die sowjetische Politik kritisierte, umso wichtiger wurde die Unterstützung einer aus Frankreich angereisten intellektuellen Linken, die in der Welt die revolutionäre Avantgarderolle Kubas bezeugen sollte – nicht zuletzt angesichts der Konkurrenz in Peking. So füllten auf den Revolutionsfeiern dieser Jahre insbesondere Gäste aus Frankreich die Ränge der Ehrentribünen und auf dem Kulturkongress im Januar 1968 dominierten die Teilnehmer aus Frankreich.<sup>15</sup>

14 So verdoppelte sich beispielsweise von 1964 bis 1966 die Zahl der Sprachkursteilnehmer an der Alliance Française von 1.200 auf 2.500. Vgl. die beiden Berichte des französischen Außenministeriums unter dem Titel „Note sur Cuba et les relations franco-cubaines“ vom 25. Februar 1964 sowie 2. November 1966, in: MAE, Bestand Kuba, Art. 54. Zur Beliebtheit der französischen Sprache bei kubanischen Sekundarschülern vgl. C. Julien, „M. Fidel Castro et le socialisme“, Teil 5 „Le guérillero et le professeur“, in: *Le Monde*, 7.-8. März 1965, S. 4; sowie das Gespräch des Verfassers mit dem Historiker und ehemaligen Sekundarschüler in Havanna José Vega Suñol (\*1952) am 4. November 2009 in Köln.

15 Vgl. u. a. die offizielle Teilnehmerliste des Kulturkongresses mit den alphabetisch nach 65 Herkunftsländern geordneten Namen der Delegierten, in: Privatarchiv Dacunha-Castelle.

Diese wiederum suchten in Kuba nach Zeichen für politische Freiheit, die für viele in der künstlerischen Freiheit und dem Pluralismus auf dem Kulturkongress zum Ausdruck kam. Zum Teil intervenierten sie sogar, um repressiven Tendenzen entgegenzuwirken. Voraussetzung für den Bestand der Allianz mit der intellektuellen Linken Westeuropas war daher, dass die kubanische Führung auf deren spezifische Interessen Rücksicht nahm. So trat der italienische Verleger Feltrinelli 1965 im persönlichen Gespräch mit Premierminister Castro erfolgreich gegen die Inhaftierung Homosexueller ein.<sup>16</sup> Im Rahmen der Wissenschaftskooperation setzten sich Ende der 1960er Jahre französische Mathematiker für kubanische Kollegen ein, die aus politischen Gründen degradiert worden waren.<sup>17</sup> Wohl am stärksten war die kubanische Seite 1967/1968 interessiert, keinen Konflikt mit der intellektuellen Linken Westeuropas entstehen zu lassen: Der Dichter Padilla hatte 1967 mit einem Kommentar über die Unvereinbarkeit der Rolle des Intellektuellen mit der Funktion des Parteifunktionärs die offizielle Linie angegriffen. Die Regierung jedoch unterdrückte im Vorfeld des Kulturkongresses eine Debatte über das Thema. Erst später wurde bekannt gegeben, dass auch die Redaktion der Zeitschrift, die Padillas Stellungnahme abgedruckt hatte, ausgetauscht worden war.<sup>18</sup> Zudem musste sich auf dem Kulturkongress Minister und Schirmherr Llanusa – um den eigenen pluralistischen Anspruch zu wahren – für einen Manipulationsversuch der Fraktion um Jorge Serguera entschuldigen: Diese hatte den auf dem Kongress beratenen *Appell von Havanna* vor der Verabschiedung ohne Rücksprache mit den westeuropäischen Verfassern hinsichtlich der politischen Anforderungen an den „revolutionären Intellektuellen“ verschärft.<sup>19</sup> Insgesamt stärkte somit die Zusammenarbeit mit der intellektuellen Linken Frankreichs bis 1968 nach innen und außen den Autonomieanspruch Havannas; doch für die Aufrechterhaltung dieses Bündnisses musste die kubanische Führung „innerhalb der Revolution“ ein Mindestmaß an individuellen Freiheitsrechten gewähren. Als im Herbst 1968 in Havanna aufgrund unterschiedlicher globaler und innenpolitischer Faktoren

16 C. Feltrinelli, *Senior Service. Das Leben meines Vaters* (2001), S. 319-321.

17 Vgl. den Brief des Generalsekretärs des Comité de liaison scientifique et universitaire franco-cubain vom 20. März 1969, adressiert an den Rektor der Universität von Havanna mit der Bitte um Weiterleitung an die zuständige Behörde (9 Blätter); sowie den Brief von Laurent Schwartz an Premierminister Castro, ohne Datum, vermutlich 1969 (12 Blätter), beide in: Privatarchiv Dacunha-Castelle.

18 Vgl. die im Herbst 1967 verfasste und erst im März 1968 abgedruckte Stellungnahme Heberto Padillas unter dem Titel „Sobre una ‚Pasión‘ pendiente nuevas opiniones: el poeta Padilla polemiza con la redacción saliente de ‚El Caimán Barbudo““ einschließlich der Vorbemerkung von Jaime Crombet, in: *El Caimán Barbudo* 19 (März 1968), S. 2-5; sowie die auf den 26. Oktober 1967 datierte und im Juni 1968 abgedruckte Erwiderung der entlassenen Redakteure Jesús Díaz, Luis Rogelio Noguera, Guillermo Rodríguez Rivera, Víctor Casaus, „¿El yogui y el comisario?“, in der sie Padillas Dualismus zurückwies, und die Stellungnahme von Lisandro Otero, „Del otro lado del Atlántico: una actitud“, beide in: *El Caimán Barbudo* 21 (Juni 1968), S. 2-8. Zu der kubanischen Furcht vor einer negativen Außenwirkung einer Kontroverse im Vorfeld des Kulturkongresses vgl. L. Otero, *Llover sobre mojado* (1999), S. 109.

19 Vgl. die Schilderung des französischen Delegierten K. S. Karol, *Les guérilleros au pouvoir* (1970), S. 399, sowie J.-P. Gorin, „Le congrès culturel de La Havane a dénoncé la ‚pénétration culturelle‘ des États-Unis“, in: *Le Monde*, 26. Januar 1968, S. 5. Zu dem Appell selbst vgl. R. Milliband, *Appel de La Havane: Appel présenté à la commission No. 1 par Ralph Milliband, discuté et accepté comme accord en principe par toute la commission à l’unanimité* sowie den auf diesem Dokument basierenden und von allen Delegierten angenommenen Appell de La Havane, beide in: Privatarchiv Dacunha-Castelle.

der Anspruch einer sozialistischen Alternative zum sowjetischen Modell zugunsten der politischen Absicherung des Entwicklungsprojektes in den Hintergrund trat, verlor auch Frankreichs intellektuelle Linke ihren Einfluss. Erfolglos intervenierten renommierte lateinamerikanische Schriftsteller mit Wohnsitz in Paris beziehungsweise Barcelona ebenso wie französische Intellektuelle, als die Vergabe des UNEAC-Literaturpreises an die beiden regimekritischen Schriftsteller Padilla und Arrufat zum Anlass für eine politische Kampagne gegen diejenigen Intellektuellen genommen wurde, die dem sowjetischen Marxismus und dem neuen Kurs kritisch gegenüberstanden.

## II. Die Bedeutung Kubas für Gesellschaft und Regierung in Frankreich

Die Bedeutung Kubas für die Regierung und die politische Programmatik der Linken in Frankreich lässt sich wiederum an drei Spezifika aufzeigen. Erstens konnte Staatspräsident de Gaulle der weltpolitischen Sonderstellung Frankreichs und der französischen Ablehnung der U.S. Hegemonie mit Hilfe seiner Kubapolitik insofern Ausdruck verleihen, als Abgeordnete der Regierungspartei Washingtons Blockadepolitik gegenüber Havanna öffentlich kritisierten und die französische Regierung das Land durch Gewährung staatlicher Kreditgarantien für Exporte nach Kuba sowie durch Kooperation im Bereich Wissenschaft und Technik direkt unterstützte. Die Regierung sah in einer solchen Politik eine Möglichkeit, die Dominanz der USA in Lateinamerika zu schwächen und den eigenen Einfluss in der Region zu stärken. De Gaulles Kubapolitik war folglich Teil eines außenpolitischen Konzeptes, das in den Jahren 1964 bis 1968 durch die Abgrenzung gegenüber den USA, den Ausbau der französischen Präsenz in Lateinamerika sowie durch die Entspannungspolitik gegenüber China und der Sowjetunion auf die diplomatische Aufwertung Frankreichs im westlichen Bündnis zielte.<sup>20</sup> Im Vergleich zur Wichtigkeit Frankreichs für die kubanische Regierung war die Bedeutung Kubas für die französische Regierung allerdings gering.

Bedeutsamer hingegen war der Stellenwert der kubanischen Revolution für das Weltklärungsmodell des Marxismus in Frankreich: sowohl für diejenigen Linken, die sich am Kommunismus der Sowjetunion orientierten, als auch für jene, die dem sowjetischen Marxismus kritisch gegenüberstanden und zugleich an der Idee der Revolution festhielten. Trotz aller Abweichung der politischen Entwicklung in Kuba von der Ideologie des Marxismus-Leninismus unterstützte der PCF Anfang 1961 – wie viele andere Kommunistische Parteien in der Welt – die Gründung einer nationalen Solidaritätsorganisation. In den 1960er Jahren versuchte der PCF, das kubanische Projekt als Beispiel für den Vormarsch der von der Sowjetunion angeführten „internationalen kommunistischen Bewegung“ zu instrumentalisieren. Die vom PCF dominierte *Association France-Cuba* zwängte das kubanische Projekt gewissermaßen in das Bett des Procrustes ein und blen-

20 F. Bozo, *Two strategies for Europe: de Gaulle, the United States and the Atlantic Alliance* (2001); B. Krouck, *De Gaulle et la Chine* (2005); R. Lukic, *Conflit et coopération dans les relations franco-américaines* (2009).

deten ideologische Abweichungen und die kubanische Kritik am sowjetischen Marxismus ebenso wie die politischen Spannungen zwischen Havanna und Moskau weitgehend aus. Die Solidarisierung mit Kuba war für den PCF daher kein Selbstzweck, sondern sollte gleichzeitig die teleologische Dimension der Identität der Partei stärken.<sup>21</sup>

Viele intellektuelle Linke hingegen, die von dem sowjetischen Modell enttäuscht waren, erkannten in dem kubanischen Projekt die Möglichkeit einer Alternative und einer Erneuerung der sozialistischen Idee. Diese von Kuba ausgehende Botschaft „Das Unmögliche ist möglich!“ bestärkte jene, die das emanzipatorische Projekt gerade wegen des sowjetunabhängigen Kurses der kubanischen Führer unterstützten, in ihrem politischen Engagement. Für sie verkörperte der Transformationsprozess auf Kuba einerseits einen Prototyp für die Vollendung der Dekolonisierung und die Lösung der Entwicklungsfrage sowie andererseits eine Delegitimierung des sowjetischen Modells und die Möglichkeit einer sozialistischen Alternative. Es handelte sich bei diesen von kubanischer Seite übernommenen Deutungsmustern um Konzepte, die sich entsprechend den eigenen Interessen sowohl gegen die Hegemonie der USA als auch gegen den sowjetischen Marxismus und dessen Einverständnis mit der bipolaren Ordnung richteten. Sie bestärkten jene in Frankreich im Zuge des Dekolonisierungsprozesses und insbesondere des algerischen Unabhängigkeitskrieges entstandene Idee, dass eine grundlegende Veränderung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse in der Welt nur durch Revolutionen in der „Dritten Welt“ und nicht mehr durch die „kommunistische Weltbewegung“, das heißt die Sowjetunion einschließlich der mit ihr verbundenen nationalen Kommunistischen Parteien, vorangetrieben würde. Die Kuba-Berichte des *Le Monde*-Journalisten Claude Julien sowie des bekanntesten französischen Philosophen dieser Jahre Jean-Paul Sartre, der 1960 vom Erfolg des kubanischen Projektes die Zukunft der Revolutionsidee an sich abhängig machte, spiegeln dieses Denken wider. Ein zentrales Argument Juliens beruhte ab 1958 auf dem mangelnden Beitrag der Kommunistischen Partei zum Zusammenbruch der Diktatur Batistas sowie auf der Originalität des darauf folgenden Transformationsprozesses. Indem Julien das Versagen der Kommunistischen Partei betonte und Kuba positiv vom sowjetischen Modell abhob, stellte er zugleich die Legitimation sowie den Avantgardeanspruch der Kommunistischen Parteien in Frankreich und anderen Ländern infrage. Die globale Dimension der Revolution sah Julien darin, dass in Kuba erstmals die auf ökonomischer Kontrolle und externer Einflussnahme basierende Herrschaftsform des „ökonomischen Imperialismus“ erschüttert und eine Neuordnung des quasi-kolonialen Verhältnisses zu der Imperialmacht USA gefordert wurde. Sartre wiederum erklärte 1960 in seiner in Millionenaufgabe verbreiteten Reportage am Bei-

21 Das Konzept einer dualistischen Identität der Kommunistischen Parteien in Westeuropa, bestehend aus einer „teleologischen Dimension“ und einer „gesellschaftlichen Dimension“, haben französische Historiker begründet. Während die „teleologische Dimension“ auf der Vorstellung einer historisch notwendigen Entwicklung hin zu einem weltweiten Sieg des Sozialismus im Rahmen einer von der Sowjetunion angeführten Weltbewegung basierte, umfasste die „gesellschaftliche Dimension“ der Identität jene Elemente, die die Kommunistischen Parteien zu einem Teil der jeweiligen nationalen Kultur machten. Vgl. S. Courtois/M. Lazar, *Histoire du Parti communiste français* (2000), Introduction.

spiel der kolonialen Grundzüge der kubanischen Wirtschaft und Gesellschaft Neokolonialismus und Unterentwicklung als zwei Seiten einer Medaille. Latifundienwirtschaft und Monokultur begriff er als ökonomische Grundstruktur von Unterentwicklung und Abhängigkeit und stellte denn auch die Agrarreform als Schlüssel für die Überwindung der kolonialen Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen sowie als das zentrale Motiv der Revolution dar. Zugleich stützte Sartre mit der Fokussierung seiner Reportage auf den Themenkomplex Agrarreform, Landbevölkerung und Rebellenheer in der Kontroverse um die Fraktion und Gesellschaftsschicht, welche den wichtigsten Beitrag zum Zusammenbruch der Diktatur Batistas geleistet habe, die These der Bauernrevolution, die die neue Staatsführung um Castro und Guevara verfocht. Die kubanische Revolution lieferte somit einerseits wichtige Argumente, die den sowjetischen Marxismus delegitimierten, und förderte andererseits, indem es die Möglichkeit einer Alternative zeigte, die wachsende Autonomie der intellektuellen Linken gegenüber der mächtigen Kommunistischen Bewegung.

Viele, die mit dem an Moskau orientierten Kurs der PCF-Führung unzufrieden waren, lehnten sich in den Machtkämpfen innerhalb der französischen Linken an die politische Linie der kubanischen Führung an. Diese Wirkungszusammenhänge spiegeln die Geschichte des PCF-Studentenverbandes UEC (*Union des Etudiants Communistes*), der Vietnamsolidaritätsbewegung CVN (*Comité Viêt-nam national*) sowie der *Association France-Cuba* wider. Das verbindende Moment zwischen der UEC und Kuba war 1963 bis 1965 die Kritik am sowjetischen Marxismus: Oppositionelle Strömungen, die in Konflikt mit der moskautreuen Mutterpartei standen, nutzten die Auseinandersetzungen innerhalb der kubanischen Revolution, um ihre Forderungen gegenüber der PCF-Führung nach mehr Basisdemokratie und einer „Entstalinisierung“ des Sozialismus zu stärken. Sie griffen Debatten wie die Diskussion um die künstlerische Freiheit auf, welche Mitte der 1960er Jahre in Kuba zur Zurückdrängung derjenigen Strömung führten, die das sowjetische Modell durchsetzen wollte.<sup>22</sup> So instrumentalisierte etwa das UEC-Mitglied Janette Habel das kubanische Vorgehen gegen den Einfluss der an der Macht beteiligten prosovietischen Kräfte – im Rahmen des Prozesses gegen Marcos Rodríguez – für eine generelle Kritik am PCF.<sup>23</sup> Daher galt auch Ernesto Guevara, der in seinen Texten den sowjetischen Marxismus am deutlichsten kritisierte, besonderes Interesse. Eine weitere programmatische Abweichung, mit dem sich innerhalb der UEC vor allem Régis Debray sowie die trotzkistische Fraktion gegenüber dem PCF positionierten, war ab 1965 ihre Unterstützung des von Havanna als Strategie für einen Systemwechsel in Lateinamerika propagierten Guerillamodells, das den Kommunistischen Parteien die Führungsrolle absprach. Der PCF und Moskau hingegen befürworteten die Teilnahme der Kommunistischen Parteien Lateinamerikas an der institutionellen Politik. Die UEC förderte die

22 Vgl. u.a. A. Guevara, „Cuba“, in: *Clarté* 54 (Februar 1964), S. 28-30; erstmals unter dem Titel „El Cine Cubano 1963“, in: *Cine Cubano* 14-15 (Oktober-November 1963), S. 1-9.

23 J. Habel, „Le procès de Marcos Rodríguez et les problèmes de l'unité du mouvement révolutionnaire cubain“, in: *Les Temps Modernes* 219-220 (August-September 1964), S. 491-531.

Beschäftigung mit der Revolution in Kuba nicht nur auf der theoretischen Ebene, sondern auch durch die Organisation von Exkursionen. Die persönlichen Begegnungen und Erfahrungen spielten für viele Teilnehmer eine bestärkende Rolle in ihrer Suche nach gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten, die letztlich dem Autonomiestreben gegenüber dem PCF zugrunde lag. Die kubanischen Führer unterstützten indirekt den Kampf des intellektuellen Nachwuchses der französischen KP gegen die moskautreue Mutterpartei, indem sie denjenigen, die sich für den politischen Prozess in Kuba interessierten, große Aufmerksamkeit widmeten und auf diese Weise deren symbolisches Kapital in Frankreich stärkten. Insgesamt wirkte der sowjetunabhängige Anspruch Havannas als Katalysator in dem Konflikt zwischen den oppositionellen UEC-Strömungen und dem PCF und forcierte auf diese Weise die 1965/1966 erfolgte Aufsplitterung in dem linken studentischen Spektrum.

In den Jahren 1967/1968 wiederum lehnte sich der *Comité Viêt-nam national* (CVN), eine Hauptströmung der Vietnamsolidaritätsbewegung in Frankreich,<sup>24</sup> an den Kurs der kubanischen Regierung an. Indem der CVN deren Strategie des bewaffneten Kampfes in Vietnam und Lateinamerika unterstützte, untergrub er die politische Autorität des PCF, der wie im Algerienkrieg ausschließlich für den Frieden, nicht aber für den Sieg der Befreiungsbewegungen eintrat. Der kubanische Aufruf für eine weltweite Allianz gegen die Hegemonie der USA und die öffentliche Kritik am sowjetischen Marxismus suggerierten nicht nur einen „Dritten Weg“, sondern zugleich eine Einheit zwischen den bewaffneten Kämpfen in Lateinamerika und Vietnam sowie den studentischen Protestbewegungen in den Industrieländern. Auf diese Weise entwickelte der CVN ein eigenes Profil im linken Spektrum der gesellschaftlichen Kräfte und gewann an kognitiver Radikalisierung, die sich nicht zuletzt auch gegen die Regierung de Gaulles richtete. Es gelang dem CVN, zahlreiche politische Neulinge aus den ersten Jahrgängen der Nachkriegsgeneration im Vorfeld der französischen Proteste politisch zu mobilisieren, und einige Führer des CVN – etwa Jean-Pierre Vigier und Alain Krivine – engagierten sich im Mai 1968 an vorderster Stelle.

Selbst innerhalb der vom PCF dominierten *Association France-Cuba* löste die Beschäftigung mit dem kubanischen Projekt Konflikte aus: Diejenigen, die den sowjetunabhängigen Kurs der kubanischen Führung unterstützen wollten, kritisierten nach Guevaras Tod die Ausblendung politisch unliebsamer Positionen sowie die an den Interessen des PCF ausgerichtete Linie der Vereinigung. Die prosowjetische Linke geriet mangels einer überzeugenden Revolutionsstrategie sowohl für die Gesellschaft in Lateinamerika als auch für jene in Frankreich bis zum Frühjahr 1968 weiter in die Defensive. Diese innere Krise der Vereinigung konnte nur durch die Entmachtung der sowjetkritischen Kräfte Ende 1968 überwunden werden.<sup>25</sup>

24 N. Pas, „Six Heures pour le Vietnam“: Histoire des Comités Vietnam français 1965–1968, in: *Revue historique* 613 (Januar-März 2000), S. 157–184.

25 Vgl. u. a. das Protestdossier *Vive le Peuple Cubain. Vive le Xème anniversaire de la Révolution Cubaine* (Januar 1969), hrsg. von R. Merle, G. Halimi, C. Faux, M. Mestre, C. Meyrignac, P. Orfois, H. Pézerat, J.-J. Aisenman, in: Privatarchiv Dacunha-Castelle.

Das dritte Spezifikum, das in dem Untersuchungszeitraum die Bedeutung Kubas für Frankreich ausmachte, bestand in dem verstärkten entwicklungspolitischen Engagement, das die kubanische Kulturpolitik unter französischen Wissenschaftlern förderte. Linke Intellektuelle erkannten in der Wissenschaftskooperation eine Möglichkeit, das Problem des Fachkräftemangels in den Entwicklungsländern anzugehen und ihrer selbst auferlegten Verpflichtung gegenüber der postkolonialen Welt nachzukommen.<sup>26</sup> Von Beginn an maß die kubanische Staatsführung Kultur, Wissenschaft und Technik eine besondere Bedeutung bei und überzeugte mit dieser Transformationsstrategie französische Wissenschaftler zu persönlichem Engagement. Auf kubanische Initiative und im Rahmen des *Kulturkongresses von Havanna* debattierten Anfang 1968 Schriftsteller und Naturwissenschaftler aus Lateinamerika, Westeuropa und anderen Regionen über die Rolle des Intellektuellen angesichts der Probleme der Entwicklungsländer. Der Kongress appellierte unter anderem an die moralische Verantwortung der Intellektuellen der industrialisierten Welt, den Emanzipationsprozess in Lateinamerika, Afrika und Asien mit ihrem spezifischen Wissen zu unterstützen.<sup>27</sup> Ein unmittelbares Ergebnis war mit der Gründung des *Comité de liaison scientifique et universitaire franco-cubain* in Paris die Entstehung einer der ersten Nichtregierungsorganisationen, die sich der Entwicklungszusammenarbeit widmeten.<sup>28</sup> Die Interaktionen mit Kuba hatten also französische Wissenschaftler in ihrer Verantwortung gegenüber den Problemen der Entwicklungsländer bestärkt. Für viele, die sich ab den 1970er Jahren auch in anderen Ländern engagierten, hatte sich neben ihren spezifischen Tätigkeiten in den Universitäten und Forschungsinstituten ein neues gesellschaftliches Aufgabenfeld aufgetan. Damit veränderte sich zugleich das Grundmuster eingreifenden Handelns: Weg von dem bis 1968 dominierenden Rollenmodell des von Sartre repräsentierten „allgemeinen Intellektuellen“, der seine Macht des Wortes einsetzte, um allgemeine Werte oder Interessen und Bedürfnisse anderer sozialer Gruppen Ausdruck zu verleihen, hin zu dem in den 1970er Jahren von Michel Foucault beschriebenen Typus des „spezifischen Intellektuellen“. Die Rolle dieser neuen Figur bestand nach Foucault darin, „dort gegen Formen einer Macht zu kämpfen, wo er [der Intellektuelle, T. N.] zugleich Gegenstand und Instrument dieser Macht ist:

- 26 Die Idee der Wissenschaftskooperation als eine Form antikolonialer Solidarität entstand unter französischen Wissenschaftlern insbesondere angesichts des U.S. Krieges gegen das 1954 aus Französisch-Indochina hervorgegangene sozialistische Nord-Vietnam. So lancierte 1967 in Paris der Collectif intersyndical d'action pour la paix au Vietnam erstmals eine Spendenkampagne für den Kauf von Büchern für die Universitätsbibliothek von Hanoi. Einer der Verantwortlichen für dieses Projekt war der Mathematiker Didier Dacunha-Castelle, der 1968 ebenfalls zu den Mitgründern des französischen Wissenschaftskomitees für Kuba gehörte. Vgl. N. Simon-Cortés, „Des livres pour le Viet Nam“, in: Simon-Cortés / A. Teissonnière (Hg.), Viet Nam, une coopération exemplaire (2004), S. 46-53. Zum Collectif intersyndical universitaire d'action Vietnam Laos Cambodge vgl. den Bestand in den ANF (CAC), 20000529.
- 27 General Resolution of the Congress, in: Princeton University Library, Firestone Library (Cultural Congress of Havana: General Documents).
- 28 Zu dem Kulturkongress und der Debatte, die zur Gründung des Comité de liaison führte, vgl. das Kapitel „Der Kulturkongress von Havanna und die kollektive Verantwortlichkeit der Intellektuellen“, in: Neuner, Paris, Havanna und die intellektuelle Linke (2011).

in der Ordnung des ‚Wissens‘, des ‚Bewusstseins‘ und des ‚Diskurses‘.<sup>29</sup> Der „spezifische Intellektuelle“ setzte demnach in den politischen Kämpfen auf seine besondere Stellung in der Ordnung des Wissens, um den vom „Machtsystem“ Ausgegrenzten eine Chance zu verleihen, sich selbst zu artikulieren und Zugang zu den Wissenskulturen des 20. Jahrhunderts zu erhalten. Die Unterstützer der Wissenschaftskooperation mit Kuba griffen auf die eigene Fachkompetenz zurück und handelten nicht mehr als Träger allgemeiner Werte oder als Vermittler von Bewusstsein im Emanzipationskampf, sondern reihten sich ein in die Tradition des Wissenschaftlers als Experten. Da der Adressat und das zentrale Instrument ihres Engagements nicht die Öffentlichkeit beziehungsweise das Manifest waren, hatte keiner dieser spezifischen Intellektuellen einen der beiden Protestbriefe unterzeichnet, mit denen die allgemeinen Intellektuellen im Frühjahr 1971 bei der kubanischen Staatsführung intervenierten. Als Vermittler von Wissen waren kubanische Fachkollegen und Nachwuchswissenschaftler der Adressat ihres Handelns. Zwar wandte sich der *Comité de liaison scientifique et universitaire franco-cubain* auch mit Empfehlungen und Kritik, die auf die Förderung des Niveaus der Wissenschaftler in Kuba zielten, an die politische Führungsspitze, doch war diese Kommunikation nicht für die Öffentlichkeit bestimmt.

Auf der Basis der hier im Hinblick auf die Bedeutung Kubas für Frankreich beziehungsweise Frankreichs für Kuba aufgezeigten Wirkungszusammenhänge sollen nun die unterschiedlichen Interessen und Konflikte, die die kubanisch-französischen Beziehungen belasteten, nachgewiesen werden.

### III. Widersprüche der kubanisch-französischen Beziehungen

Die Verbindung zwischen Kuba und Frankreich war stets von divergierenden Interessen und Brüchen geprägt. Dies kann am besten anhand der drei Phasen, in die sich die Interaktionsprozesse der 1960er Jahren grob unterteilen lassen, aufgezeigt werden.

In der ersten Phase von 1959 bis 1962 suchte die kubanische Staatsführung mittels kulturpolitischer Instrumente die Anerkennung der französischen Linken, um die Unterstützung der französischen Öffentlichkeit zu gewinnen und die internationale Isolation zu durchbrechen. Auf Zustimmung stieß die Revolution zunächst bei jenen Vertretern der französischen Zivilgesellschaft, die den Kolonialkrieg der französischen Regierung in Algerien kritisierten, sowie ab 1961 auch bei der Führung des PCF. Die intellektuelle Linke verstand das kubanische Projekt nicht nur als Revolution gegen den „ökonomischen Imperialismus“ der Vereinigten Staaten, sondern auch als Bestätigung für die eigenen Hoffnungen auf eine Überwindung der beiden polarisierenden Ordnungsmodelle in der Welt durch ein freiheitliches, sozialistisches Gesellschaftsmodell ohne staatliche Repression. Trotz Castros Ende 1961 verkündeter Absage an die Möglichkeit einer neu-

29 M. Foucault, „Die Intellektuellen und die Macht. Gespräch mit Gilles Deleuze“ (1972), in: ders., Schriften: Dits et écrits (2001–2005), Bd. 2, S. 380–393, hier S. 384. Vgl. auch Foucault, „Die politische Funktion des Intellektuellen“ (1977), in: ebenda, Bd. 3, S. 145–152.

tralen Position gegenüber den USA und der Sowjetunion sowie seiner Verurteilung der Hoffnung auf einen „Mittelweg zwischen Kapitalismus und Sozialismus“ als utopisch hielt die intellektuelle Linke an der Unterstützung der kubanischen Revolution fest. Sie machte die Zuspitzung des Konflikts mit den USA für Kubas Anlehnung an die Sowjetunion verantwortlich und war überzeugt, dass Castro nicht, wie von seinen Gegnern behauptet, von Beginn an Anhänger des sowjetischen Sozialismus war: Die intellektuelle Linke verabschiedete sich 1961 daher nur von der Vorstellung einer idealen Revolution. Für viele blieb Kuba Symbol einer Revolution, die unabhängig von den beiden Supermächten und ihren Ideologien entstanden war.

Ganz anders gestalteten sich in den ersten Jahren die Verbindungen auf der Regierungsebene, als der französische Kolonialkrieg in Algerien und Havannas antikoniale Politik eine politische Annäherung unmöglich machten. Ein Jahr vor der Entlassung Algeriens in die Unabhängigkeit erkannte Kuba im Juni 1961 als eines der ersten Länder die algerische Regierung an und unterstützte diese Ende 1961 durch die Lieferung von Waffen. Wie stark die Spannungen zwischen Havanna und Paris waren, unterstrich 1961/62 die französische Ausweisung zweier Vertreter der neuen kubanischen Elite aufgrund proalgerischer Äußerungen.<sup>30</sup> Generell betrachtete die französische Regierung vor dem Hintergrund des Kalten Krieges Kuba als Teil des sowjetischen Lagers und unterstützte im Fall der Raketenkrise 1962 zunächst die Regierung in Washington.<sup>31</sup>

Die Phase 1959–1962 bildet einen Grundstein für das Verständnis der späteren Konflikte. Strukturelle Voraussetzungen waren erstens die politische Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Blöcken innerhalb der bipolaren Ordnung sowie das Grundmisstrauen der französischen Regierung gegenüber dem revolutionären Antikolonialismus, der das kubanische Projekt antrieb. Zudem sollte die in der ersten Phase begonnene Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Gruppen in Frankreich, die der Präsidentschaft de Gaulles ablehnend gegenüberstanden, 1968 zu diplomatischen Spannungen führen. Entscheidend für divergierende Interessen und Brüche war überdies, dass die kubanische Regierung sich 1961/1962 – wie auch ab 1970 – zwecks der militärischen Verteidigung der Revolution beziehungsweise der politisch-wirtschaftlichen Sicherung ihrer Macht dem sowjetischen Marxismus zuwandte und im Zweifelsfall nach den Regeln der Staatsraison handelte. Die intellektuelle Linke hingegen interessierte sich vor allem für die Idee

30 Es handelte sich im Oktober 1961 um Lisandro Otero, Publizist und Sekretär des 1961 gegründeten Schriftsteller- und Künstlerverbandes (UNEAC), sowie 1962 um den Dichter und UNEAC-Präsidenten Nicolás Guillén, der bereits 1958 aufgrund seiner antikonialen Haltung nach dreijährigem Exil in Paris ausgewiesen worden war. Zu Otero vgl. „Pourquoi a-t-on expulsé Lisandro Otero?“, in: *Cuba Sí* 2 (4. Quartal 1961), S. 5; „L'expulsion de Lisandro Otero“, in: *Partisans* 2 (November-Dezember 1961), S. 221. Zu dem bis 1965 bestehenden Einreiseverbot für Guillén und dessen Ausweisung aus Frankreich 1962 vgl. das Schreiben von Botschafter Négrier in Havanna an das Außenministerium in Paris vom 3. März 1965, in dem der Botschafter die Aufhebung des Einreiseverbotes empfahl, in: MAE, Bestand Kuba, Art. 54. Guillén, der 1965 eine Einladung französischer Universitäten zu einer Vortragsreise annahm, musste an der spanischen Grenze mehrere Tage auf eine Einreisegenehmigung warten. Vgl. dazu die Kurznotiz in: *Le Monde*, 5. März 1965, S. 5; sowie P. Estrade, „A grands pas vers les beaux jours“, in: *Cuba Sí* 12 (1. Quartal 1965), S. 1-2.

31 Vgl. M. Vaïsse, „La France et la crise de Cuba“, in: *Histoire, économie et société* 13,1 (1994), S. 185-195.

eines neuen Gesellschaftsprojektes jenseits der beiden Blöcke sowie den Übergang zu einer globalen Ordnung, in der die Entwicklungsländer einen größeren Einfluss hätten.

In der zweiten Phase 1963–1968 ermöglichten die Entlassung Algeriens in die Unabhängigkeit und der neue außenpolitische Kurs de Gaulles den Beginn einer Zusammenarbeit auf zwischenstaatlicher Ebene, so dass Havanna eine zweigleisige Frankreichpolitik verfolgen konnte: einerseits kulturpolitische Bemühungen, um die Unterstützung der französischen Öffentlichkeit zu erhalten; andererseits diplomatische Annäherung und Kooperation in den Bereichen Wirtschaft, Technik und Wissenschaft. Den entscheidenden Anstoß für diesen Prozess stellte die Raketenkrise dar, in deren Folge das kubanische Vertrauen in die Sowjetunion ebenso wie das der französischen Regierung in die Vereinigten Staaten nachhaltig erschüttert wurden. Die zunehmenden Abgrenzungsbemühungen Kubas gegenüber dem sowjetischen Marxismus beziehungsweise Frankreichs gegenüber den USA förderten die Zusammenarbeit zwischen Havanna und der französischen Regierung und Zivilgesellschaft. Einen wichtigen Konnex bildete auch die gemeinsame Verurteilung des Vietnamkrieges. Die Tatsache, dass französische Intellektuelle und die französische Regierung bis 1967 zum wichtigsten Kooperationspartner Kubas außerhalb des sozialistischen Lagers avancierten, zeigt die Bedeutung, die die kubanische Staatsführung dieser Zusammenarbeit beimaß. Doch obgleich sich eine auf Zivilgesellschaft und Regierung basierende Allianz anzubahnen schien, bestanden jenseits aller globalpolitischen Übereinstimmungen Interessendifferenzen und Misstrauen fort.

De Gaulles Regierung wahrte stets eine gewisse Distanz und lehnte die von kubanischer Seite vorgeschlagenen Zusammentreffen auf Regierungsebene ab. Im Falle höherer Interessen – sei es aufgrund der globalen Systemkonkurrenz oder aus Furcht vor Verbreitung subversiver Ideen innerhalb der französischen Kolonien – blockierte die französische Regierung eine Zusammenarbeit.<sup>32</sup> Die kubanischen Erwartungen an Paris blieben in dieser Phase daher immer größer als das politische und ökonomische Kapital, das die französische Regierung zu investieren bereit war. Die kubanische Öffnung gegenüber der

32 Zur Ablehnung des Linienflugverkehrs und der Abschirmung der französischen Kolonien vgl. das Telegramm des französischen Botschafters in Havanna vom 20. November 1963 (Art. 22); die Stellungnahme von J.-D. Jurgensen, Leiter des Referats Amerika der Politischen Abteilung im französischen Außenministerium, unter dem Titel „Note sur le memorandum de M. de Chambrun“, Juli 1967 (Art. 71); das Schreiben von Botschafter Bayle vom 30. November 1967 bezüglich drei kubanischer Wissenschaftler, die Plantagen in Guadeloupe und Martinique besuchen wollten (Art. 56); den Bericht René de Saint-Légier, außenpolitischer Berater des französischen Staatspräsidenten, über ein Gespräch mit dem kubanischen Botschafter Baudilio Castellanos García: „Entretien entre l’Ambassadeur de Cuba et M. de Saint-Légier, le 2 de décembre 1968 à 11 heures“ (Art. 54); den Bericht von Hervé Alphand, Generalsekretär der Politischen Abteilung im französischen Außenministerium, über dessen Gespräch mit dem kubanischen Botschafter vom 20. Mai 1969 (Art. 54); den Bericht vom 5. September 1970 der Politischen Abteilung über das innerministerielle Arbeitstreffen vom 10. August 1970 zum Stand der französischen Beziehungen zu Kuba, Blatt 6 (Art. 54); J.-D. Jurgensen, „Note pour le Directeur des Affaires Politiques“ vom 12. Oktober 1970 (Art. 71); das Schreiben des Referats Amerika der Direction des Affaires politiques vom 20. Oktober 1970 an die Botschaft in Havanna über eine geplante Reise des kubanischen Botschafters in Paris nach Guadeloupe, Martinique und Guayana zwecks der Sondierung von Handelsmöglichkeiten (Art. 71), alle in: MAE, Bestand Kuba; sowie das Schreiben der Direction générale des relations culturelles, scientifiques et techniques des französischen Außenministeriums an den Generaldirektor des CNRS vom 2. April 1971, in: ANF (CAC), Bestand „Centre National de la Recherche Scientifique“ (19860367/Art. 2).

französischen Regierung war ebenfalls nicht vorbehaltlos. Während Havanna in Paris vor allem Maschinenbauerzeugnisse sowie Handelskredite nachfragte und im Bereich der kulturellen Zusammenarbeit an wissenschaftlicher Kooperation interessiert war, legte sie keinen Wert auf einen kulturellen Austausch, der wie das Theater auch die herrschenden politischen Ideen hätte unterminieren können.<sup>33</sup> Politisch Andersdenkende hingegen schätzten die individuellen Freiheitsrechte der französischen Republik, welche in Kuba vorenthalten wurden.<sup>34</sup> So avancierte beispielsweise die *Alliance Française*, die in Havanna als einziges westliches Kulturinstitut ihre Pforten öffnen durfte, mit ihren Sprachkursen zu einem beliebten Versammlungsort kubanischer Oppositioneller.<sup>35</sup> Unterschiedliche Interessen und Misstrauen bestanden Mitte der 1960er Jahre zugleich zwischen der kubanischen Regierung und den zivilgesellschaftlichen Akteuren in Frankreich. Die wohl stärksten Spannungen verursachten in der zweiten Phase die Divergenzen zwischen Kuba und der *Association France-Cuba* beziehungsweise dem PCF. Präsent waren aber auch andere Gegensätze, die erst später zum Konflikt führten: Als etwa 1964 die PCF-kritischen Vertreter des kommunistischen Studierendenverbandes in Kuba nach neuen politischen Ansätzen suchten und Premierminister Castro nach dessen Meinung über de Gaulle und dessen Politik fragten, wollte dieser keine Kritik äußern und lobte sogar die französische Außenpolitik.<sup>36</sup> Auf die große Frage nach einer zukunftssträchtigen Revolutionsstrategie für Frankreich erklärte der Regierungschef in dem Interview diplomatisch, dass er als Kubaner die Probleme in den Industriegesellschaften zu wenig kenne und daher ausschließlich über die Entwicklungsländer sprechen könne. Castro machte hiermit deutlich, dass Kuba kein Interesse an einer politischen Destabilisierung der Herrschaft de Gaulles hätte.

Vor dem Hintergrund der zunehmenden sozialen und ökonomischen Disparitäten zwischen Lateinamerika und Westeuropa offenbarten auch die Interaktionen mit der intellektuellen Linken Frankreichs die Fragilität dieses transkulturellen Einverständnisses. Grundsätzliche Diskrepanzen zeichneten sich Anfang 1968 auf dem Kulturkongress etwa hinsichtlich eines gemeinsamen Intellektuellenkonzepts ab. Vertreter aus Westeuropa verteidigten mit der spezifischen Rolle des Intellektuellen als kritisches Gewissen der

33 Vgl. den Bericht des französischen Botschafters Bayle, „Note pour le Directeur des Affaires Politiques“ (12. August 1970), in: MAE, Art. 54.

34 So beantragten einige Kubaner, die aus beruflichen Gründen ins Ausland reisen konnten, in Paris politisches Asyl: etwa 1966 Mitglieder des kubanischen Nationalballetts. Vgl. den Bericht des französischen Botschafters in Havanna vom 26. Dezember 1966, in: MAE, Bestand Kuba, Art. 54.

35 Wie Carlos Franqui nach der Intervention kubanischer Sicherheitskräfte im Mai 1968 erklärte, gab es an dem Kulturinstitut „zu viele Oppositionelle, die zu sehr ihre Ansichten zeigten“. Da die Teilnehmer der Kurse fortan von kubanischer Seite ausgewählt wurden, sank die Schülerzahl in den folgenden Jahren von 2.500 (1968) auf knapp 1.600 (1970). Vgl. den Bericht von Botschafter Bayle vom 2. Juni 1968 über das Gespräch des französischen Kulturattachés mit C. Franqui, der zu jenem Zeitpunkt noch als Berater des kubanischen Premierministers für die Kulturbeziehungen zu Frankreich fungierte, in: MAE, Bestand Kuba, Art. 80; sowie den Bericht des französischen Außenministeriums vom 5. September 1970 zum Stand der französischen Beziehungen zu Kuba; sowie den Bericht unter dem Titel „Note sur Cuba et les relations franco-cubaines“ vom 25. Februar 1968, in: MAE, Bestand Kuba, Art. 54.

36 Vgl. Fidel Castro im Interview mit Bernard Kouchner und Michel Remacle, „Comment on devient socialiste“, in: *Clarté* 58 (Dezember 1964), S. 10-13.

Gesellschaft nicht nur das bürgerliche Autonomiekonzept der Intellektuellen, sondern zugleich das eigene, auf Misstrauen basierende Verhältnis zur politischen Macht. Die kubanischen Intellektuellen hingegen hatten 1967 auf dem Vorbereitungsseminar für den Kulturkongress den Lebensweg des Ex-Industrieministers und Guerillaführers Guevara zum Idealtypus eines „revolutionären Intellektuellen“, der gegebenenfalls unter Einsatz des eigenen Lebens einen militärischen Beitrag leistete, erhoben.<sup>37</sup> Überdies machten sich einflussreiche Kräfte für eine umfassende Einbindung der Kulturschaffenden in die sozialen Kämpfe sowie ihre Unterordnung unter die politische Führung stark. Angesichts der Verschiedenartigkeit der gesellschaftlichen Probleme in Lateinamerika und Westeuropa erkannten in Kuba neben den Verfechtern des sowjetischen Sozialismus auch sowjetkritische Intellektuelle, dass das kulturelle Referenzsystem ihrer französischen Kollegen für das eigene Projekt unbrauchbar war. Als Beispiel wurde unter anderem der *Nouveau Roman* angeführt, der in jenen Jahren in Frankreich Erfolg hatte und in Ablehnung von Sartres Gebot der engagierten Literatur den Menschen als Subjekt und individuell Handelnden verwarf.<sup>38</sup> Im Gegensatz dazu engagierten sich Intellektuelle in Kuba für ein Projekt, in dessen Mittelpunkt der „neue Mensch“ und die Konstruktion einer eigenen gesellschaftlichen Identität standen. Neben der Europazentriertheit stieß der teilweise als behrend empfundene Habitus französischer und anderer westeuropäischer Intellektueller, die sich am Beispiel des Feldes der Kunst und Kultur ein Bild über die politische Freiheit im Land verschaffen wollten, auf zunehmendes Missfallen.<sup>39</sup> Im Zuge der Diskussion um „kulturelle Dekolonisierung“, die 1967/1968 in Kuba an Bedeutung gewann, war schließlich das generelle asymmetrische Beziehungsmuster zwischen der Intelligenzija der Industrienationen und jener der Entwicklungsländer ins Visier geraten: Als Voraussetzung für einen neuen, gleichberechtigten Dialog sollten die Europäer ihre Verantwortung für einen globalen Prozess übernehmen, in dem der Fortschritt in den Industrieländern durch die Unterentwicklung der übrigen Welt erkaufte worden wäre. Ab Mai 1968 eskalierten die kulturellen und politischen Widersprüche, welche sich in den ersten beiden Phasen aufgebaut hatten. Die dritte Phase ist durch die Auflösung und Neuordnung der politischen Bindungen zwischen der kubanischen Führung und den prokubanischen Kräften der französischen Zivilgesellschaft gekennzeichnet. Konkret traten die Grenzen des außenpolitischen Spagates Havannas hervor, als französische Studierende unter maßgeblicher Beteiligung der *Jeunesse Communiste Révolutionnaire*, Jean-Pierre Vigiers und anderer zivilgesellschaftlicher Unterstützer Kubas zusammen mit Millionen französischer Arbeiter zum Sturz der bestehenden Ordnung unter Präsident de Gaulle ansetzten. Vor diesem Hintergrund gerieten die kubanisch-französischen Beziehungen nicht nur in eine diplomatische Krise, sondern die kubanische Regierung verwickelte sich in politische Widersprüche: Einerseits hatte sie Frankreichs intellektuelle

37 Vgl. Declaration of the Seminar for the Cultural Congress of Havana, in: Privatarchiv Dacunha-Castelle.

38 Vgl. Mario Benedetti, „Situación del escritor en América Latina“, in: Casa de las Américas 45 (November-Dezember 1967), S. 31-36.

39 Vgl. Ambrosio Fonet, L'intellectuel dans la révolution, in der dritten Kommission des Kulturkongresses von Havanna präsentiertes Thesenpapier, in: Privatarchiv Dacunha-Castelle.

Linke noch auf dem Kulturkongress zu einer Verstärkung des politischen Engagements in Europa gegen den „nordamerikanischen Imperialismus“ aufgerufen; andererseits bemühte sie sich im Mai 1968 um einen Ausbau der wirtschaftlichen und technischen Kooperation mit der französischen Regierung. Kuba war zur Stellungnahme gezwungen. Entscheidend verschärft wurde der Konflikt durch die kubanische Veranstaltung des vorab geplanten internationalen Sommerlagers „Campamento 5 de Mayo“. Die Regierung in Paris warf der kubanischen Seite nicht nur vor, die französischen Teilnehmer mit subversiven Ideen zu indoktrinieren und sich auf diese Weise in die inneren Angelegenheiten Frankreichs einzumischen. Der Innenminister betrachtete sogar die seiner Einschätzung nach von Havanna aus koordinierte internationale Vietnamsolidaritätsbewegung als Ausgangspunkt der französischen Proteste. In dieser Krise setzte die französische Regierung innerhalb der NATO den Abbruch der Flugverbindungen von Westeuropa nach Kuba durch.<sup>40</sup>

Das Sommerlager stiftete entgegen der Befürchtungen von Innenminister Marcellin nicht zur politischen Subversion in Frankreich an, noch konnte es – wie von den Veranstaltern erhofft – unter den Teilnehmern den Ansatz einer globalen Einheit der sozialen Kämpfe gegen „Unterentwicklung“ und „Neokapitalismus“ stärken. Vielmehr wurden die Träger der Maibewegung, die die französischen Unruhen als erfolgreiche Generalprobe betrachteten und zu weiterem politischen Kampf entschlossen waren, mit der kubanischen Wirklichkeit und den politischen Prioritäten der kubanischen Regierung konfrontiert. Das kubanische Projekt, das mit wirtschaftlicher Unterstützung der Sowjetunion aber auch Frankreichs auf die Lösung der Entwicklungsfrage als Voraussetzung für eine neue globale Ordnung zielte, hatte mit den Forderungen der Maibewegung nach Selbstbestimmung, einer antihierarchischen und antiautoritären Politik sowie ihrer Kritik der Konsumkultur in den Industriegesellschaften nichts gemein. Die politische Programmatik des Mai 1968 war ausschlaggebend für die kritische Neubewertung des kubanischen Projektes. Spätestens Castros politische Billigung der sowjetischen Intervention in der Tschechoslowakei im August 1968, die noch während des Sommerlagers erfolgte, bedeutete für viele den Beginn eines Ernüchterungsprozesses.<sup>41</sup> Französische Studierende und Intellektuelle, deren politische Verbundenheit allein auf dem Interesse an einem „Dritten Weg“ und einer Alternative zum sowjetischen Marxismus basierte, wollten der Stellungnahme des kubanischen Premierministers nicht folgen.<sup>42</sup>

40 Vgl. u. a. den Bericht von Frankreichs Ständigem Vertreter beim Rat der NATO, R. Seydoux, vom 24. Juli 1968; sowie die Schreiben vom französischen Außenministerium an die NATO-Vertretung in Brüssel vom 26. Juli 1968 und 30. Juli 1968; sowie die Berichte des französischen NATO-Gesandten J. Schricke vom 25. Juli 1968/26. Juli 1968/6. August 1968; sowie die „Note pour le Ministre“ (Thema: Liaisons aériennes avec Cuba en relation avec l'ouverture des „camps de jeunes“ dans l'île), alle in: MAE, Bestand Kuba, Art. 55.

41 Vgl. u. a. den Brief von Michel Remacle an den Verfasser vom 4. Oktober 2005; sowie die Briefe von Georges Waysand an den Verfasser vom 16. Oktober 2005/19. Oktober 2005; sowie den Bericht des Geschäftsträgers der französischen Botschaft in Havanna, A. Tronc, über den Campamento vom 24. September 1968; und das Schreiben von Botschafter Bayle vom 9. November 1968, in: MAE, Bestand Kuba, Art. 55.

42 So brachen etwa Alain Geismar, ein Führer der Maibewegung, und Serge July, die im August 1968 in Havanna Vertreter der kubanischen Führung von der Bedeutung der Ereignisse in Frankreich überzeugen wollten, ihre

Die kubanische Regierung wiederum äußerte nicht nur gegenüber dem französischen Außenminister ihr Desinteresse an einer politischen Schwächung de Gaulles, sondern Castro distanzierte sich im Rahmen seiner Stellungnahme zur Tschechoslowakei auch öffentlich von den sozialen Bewegungen Europas.<sup>43</sup> Er hielt ihnen vor, sich in erster Linie für die Probleme in den Industriegesellschaften zu interessieren und nicht für die seiner Einschätzung nach entscheidende Frage der Unterentwicklung. Die Abkehr von den antiautoritären Protestbewegungen Europas hing gleichermaßen damit zusammen, dass die kubanische Regierung ein Übergreifen auf die eigene Gesellschaft und ein „Wiederaufleben von Prag“ befürchtete.<sup>44</sup>

Die Aufgabe des politischen Anspruchs einer Alternative zum sowjetischen Modell zugunsten der Absicherung der eigenen Macht und des sozialen Projektes bedeutete zugleich die Ausgrenzung derjenigen kubanischen Wissenschaftler und Schriftsteller, die dem sowjetischen Marxismus und dem neuen Kurs kritisch gegenüberstanden, sowie den Bruch mit den sowjetkritischen linken Intellektuellen in Westeuropa. Die offizielle Kritik an der mangelnden politischen Loyalität vieler kubanischer Kulturschaffender, die im Herbst 1968 mit der Aberkennung der an Heberto Padilla und Antón Arrufat verliehenen UNEAC-Literaturpreise einherging, knüpfte an die auf dem Kulturkongress deutlich gewordenen Differenzen hinsichtlich der Rolle des Intellektuellen an. Westeuropäische Schriftsteller sowie einige lateinamerikanische Exilschriftsteller, die in dem kubanischen Projekt die Vereinbarkeit des Marxismus mit der Meinungsfreiheit erkennen wollten, sahen durch die repressiven politischen Maßnahmen auf Kuba den spezifischen Charakter der Revolution bedroht.

Auf Unverständnis musste ebenso die mangelnde kubanische Unterstützung für die Protestbewegung in Mexiko stoßen, deren Demonstration zu Ehren der kubanischen Revolution am 26. Juli 1968 von staatlichen Sicherheitskräften mit Todesschüssen beantwortet wurde.<sup>45</sup> Viele Intellektuelle hatten die 1967 in Havanna auf der OLAS-Konferenz propagierte Solidarität mit emanzipatorischen Bewegungen in Lateinamerika noch in guter Erinnerung und bedauerten ebenso die Einstellung der kubanischen Unterstüt-

Gespräche ab. Vgl. H. Hamon/P. Rotman, *Génération* (1987), Bd. 1, S. 583-585. Vgl. ebenso die erste und einzige Nummer der Zeitschrift *Comité*, die im Oktober 1968 von dem zur Maibewegung gehörigen *Comité d'action étudiants-écrivains* herausgegeben wurde, wiederabgedruckt in: *Lignes* 33 (März 1998), S. 133-174. Unter den Titeln „Pour le camarade Castro“ sowie „Réserve sur certaines remontrances à Fidel Castro“ erschienen darin zwei anonyme Kommentare über Castros Billigung der sowjetischen Intervention. Während der Verfasser des ersten Textes – es handelte sich um Maurice Blanchot – Castros Stellungnahme als großen Fehler kritisierte, distanzierte sich der unbekannt gebliebene Autor des anderen Textes von diesen „Vorhaltungen“ und warb um Verständnis für die kubanische Argumentation.

43 F. Castro, *Allocution par le Commandant Fidel Castro pour analyser les événements de Tchécoslovaquie* (1968).

44 F. Castro, „Discurso pronunciado [...] en el acto conmemorativo del VIII aniversario de los Comités de Defensa de la Revolución“, in: *Granma*, 29. September 1968, S. 2-4. Auf der Jahrestagung der kubanischen Jungschriftsteller im Oktober 1968 warnte auch der Vizepräsident des Nationalen Rates für Kultur, Lisandro Otero, vor „konterrevolutionären“ Kräften, die in Kuba „tschechoslowakische Probleme“ und ein antagonistisches Verhältnis zwischen der Regierung und den Schriftstellern erzeugen wollten. Vgl. Lisandro Otero, „En Ustedes vemos una generación literaria que servirá de base al intelectual a que aspira la revolución“, in: *La Gaceta de Cuba* 68 (November-Dezember 1968), S. 2-3.

45 K. S. Karol, *Les guérilleros au pouvoir* (1970), S. 499-501.

zung für die Guerillabewegungen in Venezuela und anderen lateinamerikanischen Ländern.<sup>46</sup> Angesichts einer solchen auf Idealen basierenden und an politische Bedingungen gebundenen Position muss jene These revidiert werden, welche von einer allgemeinen Funktionalisierung der prokubanischen Intellektuellen Westeuropas durch die Regierung in Havanna spricht.<sup>47</sup> Diese agierten mehrheitlich nicht nur im Einvernehmen mit Havanna, sondern achteten darauf, ihre eigenen politischen Zielvorstellungen nicht zu verraten beziehungsweise unabhängig von Havanna weiter zu verfolgen.

Der Protest westeuropäischer Schriftsteller gegen Padillas Verhaftung und Selbstkritik im Frühjahr 1971 war daher nicht mehr als der öffentliche Vollzug einer Trennung, die seit längerem politische Wirklichkeit war: Bereits ab 1968 hatten linke Intellektuelle in Frankreich begonnen, sich durch inneren Rückzug beziehungsweise öffentliche Kritik zu distanzieren. Der Fall Padilla war für viele das herausragende Beispiel für einen Kurswechsel sowie der überwältigende Beweis, dass es sich bei dem sozialen Projekt nicht länger um eine freiheitliche Alternative zum sowjetischen Sozialismus handelte.<sup>48</sup> Castro seinerseits hatte die Verbindung zur intellektuellen Linken Westeuropas aufgekündigt, indem er dieser in seiner Rede anlässlich von Lenins 100. Geburtstag im April 1970 Antisowjetismus vorwarf und pauschal von „theoretischen Superrevolutionären“ sprach.<sup>49</sup> Ihren Abschluss sollte die Neudefinition des Verhältnisses zu den französischen Kulturschaffenden Ende April 1971 auf dem *Primer Congreso Nacional de Educación y Cultura* finden, als rund 1.700 Delegierte das Autonomiekonzept der Intellektuellen Westeuropas ebenso wie deren politische Ideen, kulturelle Vorstellungen und ästhetische Formen verwarfen.

Im Gegensatz zu dem von Sartre verkörperten Typus des „allgemeinen Intellektuellen“, der seine politische Unterstützung an einen freiheitlichen, sowjetunabhängigen Charakter des kubanischen Sozialismus gekoppelt hatte, stand für die „spezifischen Intellektuellen“, die sich ab 1968 dem *Comité de liaison scientifique et universitaire franco-cubain* angeschlossen hatten, die Entwicklungsfrage im Vordergrund. Mit dem Ziel die kubanisch-französische Wissenschaftskooperation zu fördern, hielten sie trotz des

46 Zu der Enttäuschung französischer Intellektueller über die Einstellung der kubanischen Unterstützung für die Guerillabewegungen in Lateinamerika vgl. die Behandlung des Themas in Les Temps Modernes und Le Monde: E. Rodríguez, „La crise du mouvement révolutionnaire latino-américain et l'expérience du Venezuela“ und D. Bravo, „Rectification tactique ou stratégique?“, beide in: Les Temps Modernes 288 (Juli 1970); sowie D. Bravo im Interview mit G. Mattéi unter dem Titel „Les principes de l'internationalisme prolétarien sont sacrifiés par les dirigeants cubains declare le Vénézuélien Douglas Bravo“, in: Le Monde, 17. Juli 1970, S. 4.

47 U. a. J. Verdès-Leroux, *La lune et le caudillo* (1989); F. Hourmant, *Au pays de l'avenir radieux* (2000); P. Rigoulot, *Coucher de soleil sur La Havane* (2007); sowie M. N., „Castros nützliche Idioten“, in: *Die Welt*, 15.-16. Mai 1971.

48 Zu Beginn der 1970er Jahre war dem interessierten Publikum in Frankreich wohl bekannt, dass diejenigen in Kuba, die offen mit politischen Reformen sympathisierten, entweder für einige Jahre in einem Arbeitslager verschwanden oder zu langen Haftstrafen verurteilt wurden. Eine Kopie des 20-seitigen Briefes, in dem der Moncadaveteran und langjährige Botschafter Kubas in Belgien und Luxemburg den politischen Prozess, der gegen ihn geführt wurde, sowie seine Haftjahre 1966 bis 1969 beschrieb, war etwa auch an Jean Pronteau weitergegeben worden. Vgl. den Brief von Gustavo Arcos Bergnes an den belgischen Rechtsanwalt Roger Lallemand vom 5. Januar 1969, in: IHTP, Nachlass Jean Pronteau (JP 37B).

49 F. Castro, „Discurso pronunciado [...] en la velada solemne en conmemoración del centenario del natalicio de Vladimir Ilich Lenin, efectuada en el Teatro ‚Chaplin‘, el día 22 de abril de 1970“, in: *Bohemia*, 24. April 1970, S. X-62 [sic].

kubanischen Politikwechsels größtenteils an ihrem Engagement fest. Die Kooperation wurde letztlich von der kubanischen Regierung abgebrochen: Vor dem Hintergrund ihres prosovjatischen Kurses verfolgte sie in den 1970er Jahren verstärkt den Ausbau der Wissenschaftsbeziehungen zu den osteuropäischen Ländern und stellte bis 1973 die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren Frankreichs außerhalb des PCF ein.<sup>50</sup>

Die Verbindung mit der intellektuellen Linken Frankreichs hatte also für das kubanische Projekt in den 1970er Jahren keine Bedeutung mehr. Lediglich die mit dem PCF verbundene *Association France-Cuba* avancierte im Rahmen der internationalen Unterstützerbewegung, auf welche die kubanische Führung nicht verzichten wollte, erneut zum zentralen Ansprechpartner in Frankreich. Auf zwischenstaatlicher Ebene konnten zwar nach Beilegung der diplomatischen Krise zwei größere, technisch-wissenschaftliche Kooperationsankommen 1969 und 1971 abgeschlossen werden, doch spätestens mit dem offiziellen Beitritt Kubas in den *Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe* 1972 hatte die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Frankreich ihre politische Tragweite für Havanna verloren.<sup>51</sup>

Vor dem Hintergrund eines globalgeschichtlichen Forschungsansatzes, der auf die Bedeutung transkultureller Interaktionen abzielt, stellt sich abschließend die Frage, ob der Bruch zwischen den französischen Intellektuellen und der kubanischen Regierung aufgrund der konkurrierenden Geschichtsbetrachtung der beiden Seiten nicht unvermeidbar war. Die bürgerliche Gesellschaft, in der letztlich auch die intellektuelle Linke verwurzelt war, begriff den geschichtlichen Prozess als eine fortschreitende Verwirklichung des Individualismus und der Freiheit und erkannte denn auch die großen Katastrophen der Vergangenheit in der systematischen Repression der Menschenrechte. In Kuba hingegen betrachtete die Regierung Kolonialismus und Imperialismus als die großen Verbrechen der Menschheit. Entsprechend wurde die jüngere Geschichte als fortschreitende Erlangung der Souveränität und wirtschaftspolitischer Handlungsfreiheit verstanden.

50 Vgl. die Briefe von Didier Dacunha-Castelle an den Verfasser vom 8. September 2006/31. Oktober 2006/29. November 2006; sowie den Brief von Richard Tomassone an den Verfasser vom 26. November 2006. Dacunha-Castelle und Tomassone fungierten von 1969–1971 bzw. 1971–1973 als Generalsekretäre des Comité de liaison scientifique et universitaire franco-cubain.

51 Weitaus umfassender waren daher die Verbindungen zwischen Kuba und den sozialistischen Staaten Osteuropas, mit denen sich ab Beginn der 1960er Jahre bis 1990 eine enge wirtschaftliche, wissenschaftlich-kulturelle und politisch-militärische Zusammenarbeit entwickelte. Die Bedeutung des PCF für das soziale Projekt in Kuba sowie die spezifische Bedeutung, welche Kuba für den PCF bzw. sowjetkritische Kräfte hatte, gilt mehr noch für die kommunistischen Staatsparteien in Osteuropa. So bildete die zweite Hälfte der 1960er Jahre, als die Zusammenarbeit zwischen Kuba und dem PCF beziehungsweise der Association France-Cuba fast zum Erliegen gekommen war, ebenfalls den Tiefpunkt der Beziehungen Kubas zur sozialistischen Staatenwelt. Die herausgearbeiteten Verflechtungen und Konflikte können daher auch als Grundmuster für das Verständnis der Interaktionen zwischen Kuba und vielen sozialistischen Staaten Europas dienen. Mit Beunruhigung verfolgte z. B. die ostdeutsche Regierung die Abweichung des kubanischen Projektes vom sowjetischen Marxismus und die Hinwendung der kubanischen Regierung und Intellektuellen zur sowjetkritischen Linken in Westeuropa. Besonders kritisch wurden die Veranstaltung des Salon de Mai 1967 und der Kulturkongress 1968 beurteilt. Vgl. u. a. den Bericht des Kulturattachés der Botschaft der DDR in Havanna, Werner Ruff, „Zu einigen Erscheinungen der Entwicklung der Literatur und Kunst in Kuba“ (Dezember 1968), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV A2/20/286.

Die Unumkehrbarkeit dieses Prozesses sollte ein autoritärer Staat gewährleisten, der nach außen als Mitglied der Blockfreienbewegung auf die Auflösung des asymmetrischen Beziehungsmusters zwischen der nördlichen und südlichen Hemisphäre durch Herausbildung einer multilateral ausgerichteten Weltordnung zielte sowie nach innen für Ordnung sorgte und die Verwirklichung sozialer Rechte versprach. Die Verwirklichung individueller Freiheitsrechte hätte im Innern die Machtfrage berührt und stieß daher bei der kubanischen Regierung – wie auch in vielen anderen Entwicklungs- und Schwellenländern – auf Widerspruch. Die intellektuelle Linke Westeuropas hatte sich somit in einem Dilemma befunden: Einerseits teilte sie die Ablehnung der U.S. Hegemonie in der Welt und erwartete von den neuen sozialistischen Ländern die Schaffung eines neuartigen Systems der politischen und gesellschaftlichen Beziehungen, das zugleich Menschenrechte, Demokratie und individuelle Entfaltung garantierte; andererseits wollte sie auf die Freiheiten sowie die Leistungskraft des kapitalistischen Modells nicht verzichten und vermochte nicht, sich ein alternatives Entwicklungsmodell konkret vorzustellen. Der Konflikt um die Hegemonie zweier konkurrierender Moderne-Konzepte war also unvermeidbar.

### **Ausblick**

Auch wenn die Interaktionsprozesse zwischen Kuba und Frankreich besonders günstige Voraussetzungen boten und eine einmalige Dynamik entfalteten, können die dargestellten Ergebnisse als Ausgangspunkt für das Verständnis der wesentlich schwächer ausgeprägten Verbindungen zwischen Kuba und anderen Ländern Westeuropas fungieren. Nach dem französischen Vorbild des *Comité de liaison scientifique et universitaire franco-cubain* bildeten sich zu Beginn der 1970er Jahre etwa Wissenschaftskooperationen mit Italien (im Rahmen des französischen Komitees), Westdeutschland (*KoWiZuKu*, Komitee für wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Kuba) und Großbritannien (*The Britain-Cuba scientific liaison committee*).

Die kubanisch-westeuropäischen Interaktionen hatten in den Industriestaaten eine breite Öffentlichkeit auf die Notwendigkeit gesellschaftlicher Veränderungen in Lateinamerika aufmerksam gemacht. Darüber hinaus hatten sie unter den Intellektuellen die Verantwortlichkeit für die Überwindung der strukturellen sozialen Ungleichheiten in der Welt gefördert. Dieses neue Bewusstsein für ein persönliches Engagement zugunsten der benachteiligten Bevölkerungen in Lateinamerika, Afrika und Asien spielte eine erhebliche Rolle für die starke Zunahme nichtstaatlicher und nichtkirchlicher Entwicklungsprojekte ab den 1970er Jahren. In diesem Zusammenhang können die Ergebnisse als Grundlage für die Analyse solcher Interaktionsprozesse betrachtet werden, die gleichfalls mit alternativen Gesellschaftsentwürfen verbunden waren und zu Dreiecksbeziehungen zwischen emanzipatorischen Bewegungen in Transformationsländern, zivilgesellschaftlichen Kräften in den Industriestaaten sowie deren Regierungen geführt hatten: etwa im Fall Vietnam, Chile und Nicaragua.